

# ZSR-Kompakt

## Zusammenfassungen der Zeitschrift für Sozialreform

ZSR 61 (2015), Heft 3: Finanzialisierung des Alltags als Herausforderung für den Sozialstaat



Inhalt:

*Daniel Mertens*

### **Sparst Du noch oder leihst Du schon? Der Aufstieg kreditbasierter Sozialpolitik in Deutschland**

Vollständiger Artikel erschienen in: ZSR 3/2015, Seiten 239-264

*Patricia Frericks*

### **Culture matters. Die Finanzialisierung der Alterssicherung im Ländervergleich**

Vollständiger Artikel erschienen in: ZSR 3/2015, Seiten 265-298

*Patricia Pfeil, Marion Müller, Lisa Donath und Udo Dengel*

### **Insolvenz als Endpunkt oder Anfang? Leben in Überschuldung in einer finanzierten Alltagswelt**

Vollständiger Artikel erschienen in: ZSR 3/2015, Seiten 291-313

*Jan-Ocko Heuer*

### **Private Überschuldung und Sozialpolitik: Varianten der staatlichen Regulierung von Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung**

Vollständiger Artikel erschienen in: ZSR 3/2015, Seiten 315-340

#### **ZSR-Kompakt**

abrufbar unter:  
[www.z-sozialreform.de](http://www.z-sozialreform.de)  
[www.sozialpolitik-aktuell.de](http://www.sozialpolitik-aktuell.de)

Verantwortlich:  
Matthias Dietz, Redaktion ZSR,  
[zsr@uni-bremen.de](mailto:zsr@uni-bremen.de)

#### **ZSR 3/2015**

Bezugsmöglichkeiten:

ZSR-Webseite: [http://www.z-sozialreform.de/cmc/content/header\\_footer\\_strukturseiten/hefte-bestellen/](http://www.z-sozialreform.de/cmc/content/header_footer_strukturseiten/hefte-bestellen/)

Verlagswebseite:  
[http://www.luciusverlag.com/zeitschriften/ztschr\\_sozialreform/zeitschrift\\_fuer\\_sozialreform.htm](http://www.luciusverlag.com/zeitschriften/ztschr_sozialreform/zeitschrift_fuer_sozialreform.htm)

Daniel Mertens\*

## Der Aufstieg kreditbasierter Sozialpolitik in Deutschland

*Sozialpolitische Leistungen wie Alterssicherung und Bildung werden zunehmend von privaten Investitionen abhängig, die zum Teil mit Krediten finanziert werden. Auch Deutschland folgt diesem Trend.*

Studiengebühren, Rentenfonds und hohe private Verschuldung gelten als typische Merkmale des liberalen US-amerikanischen Wirtschafts- und Sozialmodells. Die dortige Bevölkerung nimmt zum Teil hohe Kredite auf, um studieren zu können oder ärztliche Behandlungen zu finanzieren. Auch investieren viele ihre Ersparnisse über Jahrzehnte in Aktien, um Rücklagen für das Alter zu bilden. In konservativen Wohlfahrtsstaaten wie Deutschland werden diese Risiken hingegen nicht von den Individuen, sondern von kollektiv-finanzierten Systemen wie der Kranken- und Rentenversicherung getragen.

### Deutschland – Land der Sparer?

Auch im Umgang mit Geld erkennen Beobachter große Unterschiede zwischen beiden Ländern: Während in den USA private Kredite weit verbreitet sind, gilt Deutschland als Land der Sparer, was auch auf einer gezielten, staatlichen Sparförderung beruhe.

### Kleinere Unterschiede als gedacht

Der Politikwissenschaftler Daniel Mertens von der Universität Frankfurt zweifelt in seinem Beitrag in Heft 3/2015 der ZSR an dieser klaren Unterscheidung. Seine Untersuchung beruht auf einer Medien- und Dokumentenanalyse. Aus Zeitungsartikeln sowie den Finanzberichten von Bundesregierung und öffentlichen Banken arbeitet Mertens heraus, dass auch in Deutschland die Bevölkerung soziale Risiken zunehmend selbst tragen müsse und ihr hierfür Kredite und weitere Finanzprodukten angeboten würden. Eine solche Finanzialisierung der Sozialpolitik macht er an folgenden Beobachtungen fest:

- (i) Eine intensive Sparförderung habe es in Deutschland lediglich von den 1950er bis in die 1970er Jahre gegeben. Steuerliche Vergünstigungen und Prämienzahlungen etwa für das Bausparen wurden anschließend immer stärker eingeschränkt. So sank etwa die Wohnbauprämie 2004 auf den „symbolischen“ Wert von 45 Euro pro Jahr. Die Politik begründete die Kürzungen mit der Entlastung öffentlicher Haushalte und der aufkommenden Kritik, Wohlhabende würden durch die Sparförderung bevorteilt.
- (ii) Weiterhin habe sich die Alterssicherung in den letzten Jahren deutlich verändert und erfordere zunehmend private Investitionen. So wurde das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung aufgrund der alternenden Bevölkerung und wachsenden Zahl von Rentenbeziehern abgesenkt. Um diese Absenkung auszugleichen, führte die Politik 2002 mit der staatlich geförderten Riesterreute Anreize ein, privat für das Alter vorzusorgen. Der Aufbau von Wohneigentum, der ebenfalls durch die Riesterreute gefördert werden kann, gilt seither in der öffentlichen Diskussion immer öfter als eine Form der Altersvorsorge.

- (iii) Schließlich hätten Behörden und staatliche Banken wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) damit begonnen, Kredite in sozialpolitisch relevanten Feldern anzubieten. So können junge Familien in Ostdeutschland seit 1996 zinsgünstige Darlehen der KfW in Anspruch nehmen, um Wohneigentum aufzubauen und etwas für ihre Alterssicherung zu tun. Die Vorgaben zum notwendigen Eigenkapital und die Beschränkung auf Familien wurden kurz nach der Einführung des Kreditprogramms aufgehoben. Studierenden bietet die KfW seit 2006 Kredite an, um die inzwischen wieder gestrichenen Studiengebühren für den Besuch von Hochschulen bezahlen zu können. Auch das BaFög, das Studierende zur Unterstützung ihres Lebensunterhalts beziehen können, muss inzwischen zur Hälfte zurückgezahlt werden. Anfänglich hatte es keinen Kreditanteil.

### Staatliche Banken erschließen neue Märkte

Durch politische Entscheidungen und staatliche Akteure sind somit in Bereichen wie Bildung und Alterssicherung Märkte für Kredite und andere Finanzprodukte entstanden. Auf diesen Märkten sind inzwischen auch private Banken und Versicherungen aktiv und erwirtschaften Gewinne. So liegen die Zinsen für Studienkredite teilweise über zehn Prozent und auch bei Riesterprodukten sind die Margen der Anbieter erheblich. Während die Finanzialisierung der Sozialpolitik Einsparungen in öffentlichen Haushalten ermöglicht, eröffnet sie Banken und Versicherungen neue Geschäftsfelder. Die Bevölkerung profitiert von dieser Entwicklung allerdings nicht, da sie zunehmend privat in ihre soziale Absicherung investieren muss.

### Negative Folgen der Finanzialisierung

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass sich das deutsche und das US-amerikanische Sozial- und Wirtschaftssystem inzwischen ähnlicher sind, als viele Beobachter annehmen. Auch die deutsche Sozialpolitik ist bereits in Teilen finanziell. Diese Entwicklung führt zu Belastungen und sozialen Ungleichheiten. Nicht alle haben genügend Geld, um die staatlichen Leistungskürzungen privat auszugleichen. Auch können nicht alle gleich gut mit Geld und Krediten umgehen. Hinzu kommen Immobilien- und Finanzkrisen, welche die private Vorsorge – unabhängig von der jeweiligen Person und ihren Fähigkeiten – negativ treffen können. Mit der Finanzialisierung steigen somit die sozialen Risiken der gesamten Bevölkerung.

#### Kontakt:

Dr. Daniel Mertens  
Goethe-Universität Frankfurt  
E-Mail: mertens@soz.uni-frankfurt.de

*Daniel Mertens* ist Politikwissenschaftler und forscht u.a. zur Krise der Staatsfinanzen und der politischen Ökonomie der Privatverschuldung.

\* Die vorliegende Zusammenfassung des Beitrags wurde von Matthias Dietz (Redaktion ZSR) erstellt. Der vollständige Artikel ist in ZSR 3/2015 erschienen. Der Originaltitel lautet „Sparst du noch oder leihst du schon? Der Aufstieg kreditbasierter Sozialpolitik in Deutschland“.

Patricia Frericks\*

## Die Finanzialisierung der Alterssicherung

*Die Finanzmärkte spielen auch in der Alterssicherung eine große Rolle. Allerdings ergeben sich hieraus je nach Land unterschiedliche Ausprägungen und Folgen für die Bevölkerung.*

Die Alterssicherung wurde zuletzt in vielen Ländern reformiert. Zahlten die Bürgerinnen und Bürger in früheren Jahrzehnten meist nur in das staatliche Rentensystem ein, sollen sie nun zusätzliche Gelder in private Rentenversicherungen, Betriebsrenten oder Fonds investieren. Hintergrund sind die sinkenden staatlichen Rentenzahlungen, die aus der Alterung der Bevölkerung und der Verschuldung öffentlicher Haushalte resultieren. Um ihren Lebensunterhalt im Alter zu sichern, sollen die Bürgerinnen und Bürger private Rücklagen bilden, für die ihnen verschiedene, zum Teil staatlich geförderte Finanzmarktprodukte angeboten werden.

### Kritik am Wandel der Rentensysteme

Viele Beobachter kritisieren den hiermit einhergehenden Systemwandel. Waren die Bürgerinnen und Bürger früher gemeinsam und mit einem für den Lebensunterhalt im Alter meist ausreichenden Niveau abgesichert, müssen sie die Risiken des Alters nun wieder verstärkt selbst tragen. Allerdings sind nicht alle in der Lage, die hierfür notwendigen Rücklagen zu bilden. Zudem gefährden Wirtschafts- und Finanzkrisen diese Form der Alterssicherung, da sie das für das Alter angelegte Geld schnell verringern können.

„In Deutschland gibt es hingegen deutlich kleinere Finanzmarktanteile, dennoch lassen diese individuelle Risiken und soziale Ungleichheiten erheblich steigen“

### Ländervergleich Deutschland – Niederlande

Patricia Frericks von der Universität Hamburg geht in ihrem Beitrag in Heft 3/2015 der ZSR dieser Entwicklung nach und untersucht, welchen Einfluss die Finanzialisierung auf die Rentensysteme in Deutschland und den Niederlanden hat. Dabei deckt sie erhebliche Abweichungen auf: So sind ökonomische Elemente in beiden Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt und haben unterschiedliche Folgen. Obwohl es in den Niederlanden erhebliche Finanzmarktanteile in der Alterssicherung gibt, werden wohlfahrtsstaatliche Prinzipien wie Gleichheit und gemeinsame Risikoabsicherung hierdurch nur in geringem Maße eingeschränkt. In Deutschland gibt es hingegen deutlich kleinere Finanzmarktanteile, dennoch lassen diese individuelle Risiken und soziale Ungleichheiten erheblich steigen.

Das niederländische System der Alterssicherung beruht auf drei Säulen. Verpflichtend ist die Absicherung über die Volksrente und die Rentenfonds. Bei ersterer handelt es sich um eine staatliche Grundrente im Alter, bei zweiterer um Betriebsrenten. Die Fonds sind dabei über die jeweiligen Unternehmen und Branchen der Beschäftigten organisiert und investieren ihre Einnahmen in Finanzmarktprodukte. Als dritte Säule gibt es Privatrenten, die nicht gesetzlich vorgeschrieben sind, aber dennoch eine starke Verbreitung aufweisen.

Das deutsche Rentensystem kennt dagegen nur eine verpflichtende Säule – die gesetzliche Rentenversicherung, in die Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam einzahlen. Darüber hinaus gibt es tariflich geregelte und über die Entgeltumwandlung staatlich geförderte Betriebsrenten, die bei weitem aber nicht alle Beschäftigten erfassen. 2002 wurde

zudem die Riesterrente eingeführt – eine ebenfalls staatlich geförderte, freiwillige private Altersvorsorge.

### Hoher Regulierungsgrad

Der Finanzmarktanteil des Alterssicherungssystems in den Niederlanden ist größer als in Deutschland, da er in Teilen verpflichtend ist und die deutliche Mehrheit der Bevölkerung erfasst. Dennoch ist er für die Bürgerinnen und Bürger mit geringen Risiken verbunden. Die Rentenfonds werden von staatlicher Seite stark überwacht. Sie müssen jährlich Bericht an eine Kontrollbehörde erstatten, stets mindestens 105 Prozent der aktuellen und zukünftigen Rentenverpflichtungen abdecken und sind angewiesen, bei hohem Durchschnittsalter ihrer Mitglieder das Risiko ihrer Investitionen zu senken.

### Intransparente Riesterprodukte

In Deutschland ist das Riestersystem hingegen wenig transparent und kaum reguliert: Es gibt viele verschieden, schwer verständliche Produkte und keine eigene Aufsichtsbehörde. Mit etwa 15 Millionen Verträgen erfasst die Riesterrente zudem nur eine Minderheit der Bevölkerung. Während in den Niederlanden Volksrente und Pensionsfonds in vielen Fällen bereits ohne die zusätzlichen Privatrenten ausreichen, um den Lebensunterhalt im Alter zu sichern, schaffen gesetzliche Rente und Riesterrente dies in Deutschland oftmals nicht. Die Riesterrente erhält nur ein Teil der Beschäftigten, zudem ist ihre Höhe schwer kalkulierbar und fällt meist gering aus.

### Überraschende Unterschiede

Trotz des großen Finanzmarktanteils entsteht in den Niederlanden somit nur ein geringes Risiko für die Versicherten, da die Beiträge verpflichtend sind, sicher angelegt werden und es nur geringe Wahlmöglichkeiten für die Beschäftigten gibt. In Deutschland verfügt hingegen nur ein Teil der Bevölkerung über eine zusätzliche private Alterssicherung in Form von Riesterverträgen, zudem müssen sie diese auf einem unübersichtlichen und staatlich kaum regulierten Markt auswählen und auf ausreichende Erträge hoffen. Die Anforderungen an die Bürger und die von ihnen zu tragenden Risiken sind somit deutlich höher als in den Niederlanden, da nicht alle zu privater Vorsorge in der Lage sind, sich trotz finanzieller Möglichkeiten gegen diese entscheiden können oder womöglich ein schlechtes Produkt auswählen. Dies führt zu Ungleichheiten und Unsicherheiten in der Altersvorsorge der Bevölkerung.

Die Finanzialisierung der Alterssicherung hat in Deutschland negativere Folgen als in den Niederlanden und sollte daher immer länderspezifisch untersucht und bewertet werden.

#### Kontakt:

PD Dr. Patricia Frericks (PhD)  
Universität Hamburg  
E-Mail: patricia.frericks@uni-hamburg.de

Patricia Frericks arbeitet zu Theorien des institutionellen Wandels und vergleichender Wohlfahrtsstaatsforschung.

\* Die vorliegende Zusammenfassung des Beitrags wurde von Matthias Dietz (Redaktion ZSR) erstellt. Der vollständige Artikel ist in ZSR 3/2015 erschienen. Der Originaltitel lautet „Culture matters. Die Finanzialisierung der Alterssicherung im Ländervergleich“.

Patricia Pfeil, Marion Müller, Lisa Donath und Udo Dengel\*

## Insolvenz als Endpunkt oder Anfang?

*Überschuldete Menschen sind großen Belastungen ausgesetzt. Sie müssen sich nicht nur materiell einschränken, sondern auch Strategien finden, um ihre gesellschaftliche Position und ihre Identität zu erhalten.*

Knapp zehn Prozent der deutschen Bevölkerung gelten als überschuldet. Das sind fast sieben Millionen Menschen, die aus eigener Sicht oder nach objektiven Kriterien nicht in der Lage sind, ihre Schulden zurückzuzahlen. Medial und gesellschaftlich wird diese Gruppe trotz ihrer Größe kaum wahrgenommen.

### Überschuldung – ein unsichtbares Phänomen

Dies liegt zum einen daran, dass Überschuldung quer durch alle Gesellschaftsschichten geht. Ingenieure sind genauso betroffen wie Verkäufer und Arbeitslose. Zum anderen fallen die Überschuldeten kaum auf: In einer konsumorientierten Welt ist es normal, viel Geld auszugeben und hierfür auch Kredite aufzunehmen. Sind Menschen überschuldet, versuchen sie dennoch oftmals, ihren bisherigen Lebensstil weiterzuführen. Sie suchen nach immer neuen Möglichkeiten, an Geld zu kommen – sei es durch einen Zweit- oder Drittkredit oder die Umschuldung von einem Kredit auf den nächsten.

### Betroffene stark belastet

Ein Autorenteam vom süddeutschen Institut für Sozialforschung in München und der Hochschule Kempten befasst sich in seinem Beitrag in ZSR 3/2015 mit den individuellen Folgen von Überschuldung. Diese stellt eine große – wenn auch für die Außenwelt oft nicht sichtbare – materielle, psychische und soziale Belastung für die Betroffenen dar. Die Autorinnen und der Autor untersuchen diese Prozesse am Beispiel von überschuldeten Paaren aus der Mittelschicht. In Interviews werden ihre Belastungen und Ängste deutlich sowie ihre unterschiedlichen Strategien, mit der Überschuldung umzugehen.

„Durch einen oftmals langsamen und schmerzhaften Umbau der Identität kann es gelingen, die Selbstachtung und den Kern der Identität trotz Überschuldung zu erhalten.“

### Wendepunkt Insolvenzverfahren

Spätestens, wenn überschuldete Personen keine neuen Kredite mehr erhalten, ihre Konten gesperrt werden oder sie in ein Privatinsolvenzverfahren eintreten, das sie über Jahre durch die Abführung eines Teils ihres Einkommens finanziell stark einschränkt, gerät ihr bisheriges Leben ins Wanken. Sie fühlen sich in ihrer Identität bedroht und gesellschaftlich an den Rand gedrängt. Da sie kaum noch Geld zur freien Verfügung haben, können sie nicht mehr regelmäßig mit Freunden ausgehen oder in Urlaub fahren. Sie verlieren die Freiheit und die Erlebnisse, die ihnen Kaufentscheidungen und Konsum zuvor ermöglichten. Dennoch wollen sie nicht als Absteiger oder Verlierer dastehen und versuchen, ihre gesellschaftliche Position als Mittelschichtsangehörige aufrechtzuerhalten. Um dies zu erreichen, sind unterschiedliche Reaktionen zu beobachten.

### Wie richtig reagieren?

Während einer der Befragten seine schwierige finanzielle Situation gegenüber Freunden und Kollegen durch Schweigen und Rückzug verheimlicht, um Vorwürfe und Ausgrenzungen zu vermeiden, reagiert seine Ehefrau anders: Sie verharrt nicht passiv und erträgt die Situation still leidend, sondern übernimmt die Initiative und wird aktiv: Mit gro-

ßem Einsatz arbeitet und spart sie für die Familie – hört etwa mit dem Rauchen auf und plant Ausgaben langfristig – und spricht mit Vertrauten über die Überschuldung. Nachdem seine Frau erkrankt, wird auch der zuvor passive Ehemann aktiver und beginnt seinen Umgang mit Geld und Schulden zu überdenken und anschließend zu verändern. In den auf diese Phase folgenden Interviews beschreibt er sich als geläuteter, sparsamer und verantwortlicher Mensch.

### Abgrenzung und Umorientierung

Neben dem „Verdrängen“ der Verschuldungssituation gibt es somit auch eine Strategie des „Akzeptierens“ und Versuche eines „aktiven Gestaltens“ dieser. Um ihren Selbstwert zu erhalten, grenzen sich die Betroffenen bewusst von anderen Bevölkerungsschichten ab, die aus ihrer Sicht nicht leistungswillig sind oder von staatlicher Unterstützung leben. Auch verändern sie ihre Fokussierung und Werte – beispielsweise von „Konsum“ auf die „Familie“ – oder stellen ihre von außen erzwungenen Sparanstrengungen als Entwicklungsprozess des „persönlichen Wachstums“ und „Reifer-Werdens“ dar.

### Herausforderung kann bewältigt werden

Der Umgang mit Überschuldung ist ein schwieriger und belastender Prozess, da deutliche Einschränkungen des gewohnten Verhaltens erlebt und verarbeitet werden müssen. Dies hinterlässt bei allen Betroffenen deutliche Spuren. Während einige

stark leiden und passiv bleiben, werden andere aktiv, deuten die Situation und ihre Verhaltensänderungen um und ermöglichen es dadurch, die Belastungen für ihre Identität zu verringern und die Auswirkungen der Überschuldung zu bewältigen.

Durch einen oftmals langsamen und schmerzhaften Umbau der Identität kann es gelingen, die Selbstachtung und den Kern der Identität trotz Überschuldung zu erhalten. Aktives und gestaltendes Verhalten, Umorientierung und Umdeutung ermöglichen es den Betroffenen, sich wieder als handlungsfähige und selbstbestimmte Subjekte zu erleben. Die unterschiedlichen Muster und Strategien im Umgang mit Überschuldung finden dabei nicht nur bei verschiedenen Personen statt, sondern können auch als Entwicklung bei einzelnen Personen beobachtet werden.

### Problematische Rolle von Geld

Jenseits der schwerwiegenden Folgen von Überschuldung weist die Untersuchung des Autorenteam auf zwei grundlegende Probleme des gesellschaftlichen Umgangs mit Geld hin. So leiden überschuldete Personen oft stark unter dem Entzug von Geld, da sie Konsum sehr eng mit Freiheit, Lebensinhalt und Lebensqualität verbinden. Zum anderen ist es für sie schwer zu verarbeiten, dass Verschuldung gesellschaftlich akzeptiert wird, die oftmals nicht weit hiervon entfernte Überschuldung aber als moralisches Fehlverhalten gilt.

#### Kontakt:

Prof. Dr. Patricia Pfeil  
Hochschule Kempten  
E-Mail: Patricia.Pfeil@hs-kempten.de

Patricia Pfeil forscht zum Schnittmenge der Themen Soziale Arbeit, Geschlecht und Organisation.

\* Die vorliegende Zusammenfassung des Beitrags wurde von Matthias Dietz (Redaktion ZSR) erstellt. Der vollständige Artikel ist in ZSR 3/2015 erschienen. Der Originaltitel lautet „Insolvenz als Endpunkt oder Anfang? Leben in Überschuldung in einer finanziellisierten Alltagswelt“.

Jan-Ocko Heuer\*

## Private Überschuldung, Insolvenzverfahren und Sozialpolitik

*Viele Staaten haben in den letzten Jahren Entschuldungsverfahren für Privatpersonen eingeführt. Die Verfahren bringen Vorteile für die Betroffenen, sind in manchen Ländern aber mit erheblichen Belastungen und strengen Zugangskontrollen verbunden.*

Seit tausenden von Jahren leihen sich Menschen gegenseitig Geld. Dabei hat das Prinzip der Vertragstreue große Bedeutung – das geliehene Geld muss wie vereinbart zurückgezahlt werden.

### Drakonische Strafen und fatale Folgen

Scheitert dies, drohten in der Vergangenheit Ächtung, Vertreibung, Inhaftierung oder gar die Todesstrafe. In den letzten Jahrzehnten haben fast alle entwickelten Staaten Verfahren eingeführt, die Privatpersonen von ihren Schulden befreien, wenn sie diese nicht mehr zurückzahlen können. Die Politik sah sich zum Handeln veranlasst, da die Anzahl überschuldeter Menschen stark zugenommen hat und Schulden negative Auswirkungen auf die Betroffenen und ihre Angehörigen haben: Sie schränken die soziale Teilhabe der Betroffenen ein, schaden ihrer Gesundheit und senken ihre Bildungschancen.

### Viele Länder reagieren auf Schuldenprobleme

In der Folge haben in den letzten Jahren fast alle entwickelten Staaten Entschuldungsverfahren für Privatpersonen eingeführt. Insolvenzverfahren für Firmen gibt es schon bedeutend länger. Grundsätzlich ist die Einführung von Entschuldungsverfahren eine positive Entwicklung, da sie die soziale und wirtschaftliche Situation vieler Menschen verbessern sowie Ungleichheit und Benachteiligung verringern.

### Verfahren weichen stark voneinander ab

Der Soziologe Jan Heuer zeigt in seinem Beitrag in Heft 3/2015 der ZSR aber auch, dass sich die Verfahren u.a. hinsichtlich der Anzahl und Eigenschaften der Personen, die von ihnen profitieren, deutlich unterscheiden. Außerdem wurden sie nicht nur mit Blick auf die Betroffenen entwickelt:

- (i) So sind viele Verfahren im Kontext des sich zurückziehenden Sozialstaats entstanden. Aufgrund dieser Entwicklung muss die Bevölkerung einen immer größeren Anteil sozialer Leistungen wie Alterssicherung, Bildung oder Gesundheitsversorgung selbst finanzieren. Entschuldungsverfahren können als letzte staatliche Hilfestellung gesehen werden, wenn die private Finanzierung von Sozialleistungen, die zum Teil über Kredite erfolgt, schief geht.
- (ii) Weiterhin wurden einige Verfahren aus wirtschaftspolitischen Gründen eingeführt: Die liberalen Entschuldungsmodelle der USA und Kanada dienen dazu, ein Versagen des Kreditmarktes auszugleichen und das Wirtschaftswachstum zu fördern. Die Entschuldung soll den Betroffenen schnellstmöglich dazu verhelfen, wieder konsumieren und Kredite aufzunehmen zu können. Einem großen Kreis von jährlich über 1 Million Menschen wird hierdurch eine zügige und einfache Schuldenbefreiung ermöglicht. Die Kosten der Entschuldung müssen die Gläubiger tragen, da angenommen wird, dass sie mögliche Kreditausfälle bereits einkalkuliert haben.
- (iii) Ein anderes Verfahrensmodell, wie es in Deutschland und Österreich existiert, ist zwar nicht als Marktförderung konzipiert, hat aber ebenfalls einen ökonomischen

Fokus. Es belegt die überschuldeten Personen mit strengen Verhaltensaufgaben. Während einer mindestens sechs Jahre dauernden „Wohlverhaltensperiode“ müssen die Betroffenen erwerbstätig sein und einen Teil Ihres Einkommens an die Gläubiger zahlen. Die Schuldner sind weiterhin für ihre Schulden verantwortlich, sollen diese verringern und befinden sich in einem komplizierten rechtlichen Verfahren. Das in Deutschland von etwa 100.000 Personen pro Jahr genutzte Verfahren ist damit stark an den Interessen der Gläubiger orientiert.

- (iv) Das in den meisten Ländern verbreitete Entschuldungsverfahren ist allerdings weder das „Marktmodell“ (USA, Kanada) noch das „Haftungsmodell“ (Deutschland, Österreich). Der Autor bezeichnet es als „Gnadenmodell“. Dieses gibt es in vielen nordeuropäischen Ländern sowie in Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Das „Gnadenmodell“ hat im Unterschied zu den übrigen Entschuldungsverfahren einen eindeutig wohlfahrtsstaatlichen Charakter. Aus diesem Grund sind neben Schuldner und Gläubigern auch staatliche Institutionen beteiligt. Letztere übernehmen nicht nur die Kosten des Verfahrens, sondern entscheiden auch in Einzelfallprüfungen, wer dieses nutzen darf. Vielen Personen verweigern sie den Zugang, etwa wenn ihre Kredite durch Konsum oder Fehlinvestitionen entstanden sind. Nur wer unverschuldet aufgrund von sozialen Risiken wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit in die Schuldenfalle geraten ist, erhält eine Chance auf Streichung der Verbindlichkeiten.

### Viele Widersprüche

Im Ergebnis passen die Charakteristika und Ziele der unterschiedlichen Entschuldungsverfahren oftmals nicht mit ihren Auswirkungen zusammen. Während das „Marktmodell“ der USA und Kanada wirtschaftspolitische Ziele verfolgt, hat es eine erhebliche sozialpolitische Wirkung, da Millionen Menschen vom leichten Zugang und der kurzen Verfahrensdauer profitieren. Anders herum verfolgt das in Europa verbreitete „Gnadenmodell“ zwar normative und sozialpolitische Ziele, verweigert aber vielen Betroffenen die Entschuldung und hat damit nur eine geringe soziale Wirkung. Das deutsche und österreichische „Haftungsmodell“ ist für viele Betroffene belastend, da sie ihre Schulden über Jahre weiter zurückzahlen müssen. Das Verfahren ignoriert dabei die Erkenntnis, dass überschuldete Personen in den meisten Fällen keinen relevanten Beitrag mehr zum Abtragen ihrer Schulden leisten können. Damit steht seine Wirkung ebenfalls in Widerspruch zu seinem Ziel der Schuldentilgung.

### Hohe Zugangshürden

Die Verbreitung von Verbraucherinsolvenzverfahren ist somit zwar als Fortschritt zu sehen, oft kann aber nur eine sehr begrenzte Anzahl von Personen von diesen profitieren.

#### Kontakt:

Dr. Jan-Ocko Heuer  
Humboldt-Universität zu Berlin  
E-Mail: jan-ocko.heuer@hu-berlin.de

Jan-Ocko Heuer forscht zur Entwicklung von Kapitalismus, Sozialpolitik und Finanzmärkten.

\* Die vorliegende Zusammenfassung des Beitrags wurde von Matthias Dietz (Redaktion ZSR) erstellt. Der vollständige Artikel ist in ZSR 3/2015 erschienen. Der Originaltitel lautet „Private Überschuldung und Sozialpolitik: Varianten der staatlichen Regulierung von Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung“.